

# Online-Medienkonferenz Zukunft der Altersvorsorge

\*\*\* Es gilt das gesprochene Wort \*\*\*

## Statement Jörg Asmussen

### Bedeutung der geförderten privaten AV, Stand & Zeitplan Fokusgruppe AV

Auch von meiner Seite herzlich willkommen zu unserer Medienkonferenz.

Es sind keine einfachen Zeiten für das Thema Altersvorsorge. Die Inflation in Deutschland ist mit über 7 Prozent (April) immer noch sehr hoch. Viele Menschen haben einfach andere Sorgen, als sich um ihre Altersvorsorge zu kümmern.

Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht umso wichtiger, dass die geförderte private Altersvorsorge wiederbelebt wird. Das heutige System der Riester-Rente ist über 20 Jahre alt. Eine zeitgemäße Weiterentwicklung ist schon lange überfällig.

Die demografischen Fakten sind klar: Um den Ruhestand zu finanzieren, sind neben der gesetzlichen Rente weitere Bausteine notwendig. Dabei kommen der betrieblichen Altersversorgung und der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge zentrale Rollen zu. Insbesondere für Geringverdiener, Kleinsparer und Familien.

Die betriebliche Altersversorgung hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Versicherer sind mit 16,5 Millionen Verträgen stark engagiert. Jeder fünfte Beitrags-Euro der Lebensversicherung fließt in einen Vertrag der betrieblichen Vorsorge – Tendenz steigend.

Auch politisch hat die bAV hohe Priorität. Fast alle politischen Parteien wollen sie als Ergänzung zur gesetzlichen Rente weiter ausbauen. Um das „Wie“ wird gerungen.

Aber trotz der positiven Entwicklung: Luft nach oben gibt es. Die bAV-Verbreitungsquote tritt bei wachsender Beschäftigung auf der Stelle: 53,5 Prozent Ende 2021 nach 53,4 Prozent im Dezember 2019.

Auch Riester ist und bleibt für uns Versicherer ein wichtiger Faktor in der Altersvorsorge, mit insgesamt etwa 16 Millionen Verträgen, davon rund 10 Millionen Riester-Versicherungsverträge.

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen funktioniert Riester aber nicht mehr, wie beim Start gedacht. Denken Sie an die 100-Prozent-Beitragsgarantie und den Höchstrechnungszins von 0,25 Prozent. Daher gibt es auch nur noch wenige Anbieter.

Die dringend notwendige – und wie ich finde: auch mögliche – Reform der Riester-Rente ist die Politik bislang leider nicht angegangen. Darum setzen sich die deutschen Versicherer für ein neues, einfaches, staatlich gefördertes Rentenprodukt ein – die Bürgerrente. Katja de la Viña wird das Konzept gleich noch ausführlich erläutern.

Für die Bürgerrente haben wir uns auch in der Fokusgruppe der Bundesregierung zur Zukunft der privaten Altersvorsorge starkgemacht. Dort diskutieren seit einigen Wochen Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Verbraucherschutz, Gewerkschaften und Anbieterverbänden. Die Arbeitsgruppe soll Ende Juni ihre Empfehlungen vorlegen.

Erlauben Sie mir noch einen kurzen Exkurs zu einem aktuellen Thema, bei dem es auch um Altersvorsorge geht: die EU-Kleinanlegerstrategie. Morgen wird sich ja voraussichtlich die EU-Kommission dazu äußern.

Dass die Kommission jetzt Abstand nimmt von einem vollständigen Provisionsverbot – das ist aus unserer Sicht ein Signal in die richtige Richtung. Wir finden: Provisionsverbote würden die Verbreitung privater Altersvorsorge deutlich hemmen. Vermittler, deren Unternehmen sich über Provisionen finanzieren, sind Ansprechpartner über die gesamte Lebensspanne der Kunden. Sie sorgen für die aktive Ansprache und Verbreitung privater Altersvorsorge.

Aber das Paket enthält auch Schatten. Die Regeln für die Produktgestaltung und für die Vermittlung von Anlageprodukten werden künftig deutlich rigider und komplexer. Der Gesetzentwurf ist aus unserer Sicht überbürokratisiert. Das Ziel, breite Bevölkerungsschichten an die Finanzmärkte zu bringen und ihnen den Vermögensaufbau zu erleichtern, wird so nur teilweise erreicht werden.

Jetzt aber wieder zurück zum eigentlichen Thema.

Was die Deutschen von ihrer privaten Altersversorgung erwarten und wie das Konzept Bürgerrente genau aussieht – das erläutert Ihnen jetzt Katja de la Viña, die Vorsitzende des für Altersvorsorge zuständigen Präsidialausschusses im Verband.